*Absender:*
**SPD-Fraktion im Rat der Stadt**
**Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Volt - Die PARTEI im Rat der Stadt**
**CDU-Fraktion im Rat der Stadt**

**26-29769-01**
**Antrag**
**(öffentlich)**

*Betreff:*
**Einrichtung eines Beirates zur Förderung der Vielfalt und Integration - Änderungsantrag**

| *Empfänger:* | *Datum:* |
|---|---|
| Stadt Braunschweig<br>Der Oberbürgermeister | 09.11.2026 |

| *Beratungsfolge:* | *Sitzungstermin* | *Status* |
|---|---|---|
| Verwaltungsausschuss (Vorberatung) | 10.11.2026 | N |
| Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung) | 10.11.2026 | Ö |

**Beschlussvorschlag:**
Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird um folgende Punkte ergänzt:

1. Die Verwaltung wird gebeten, auf Vorschlag der Fraktionen und Gruppen des Rates Personen aus dem Kreis der bisherigen Bürgermitglieder des Ausschusses für Vielfalt und Integration und ihrer Stellvertretungen von Beginn an in die Erarbeitung des Konzepts für den neuen Beirat einzubeziehen. Darüber hinaus sollen weitere Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft beteiligt werden, insbesondere Migrantenselbstorganisationen, das Netzwerk der Migrationsberatung und Initiativen aus der LSBTIQ*-Community. Der Niedersächsische Integrationsrat soll um fachliche Beratung gebeten werden.

2. Die Verwaltung lädt die Beteiligten noch im Jahr 2026 zu einem ersten gemeinsamen Gespräch ein. Sie gibt ihnen Gelegenheit, Vorschläge zu den Aufgaben, zur Zusammensetzung und zu den Beteiligungsrechten des Beirats sowie zu seiner Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Vielfalt einzubringen. Bis zur Konstituierung des Beirats führt die Verwaltung den Austausch fort und informiert die Beteiligten über den Stand des Verfahrens.

3. Die Verwaltung schließt die Konzepterarbeitung im ersten Quartal 2027 ab und legt anschließend das Konzept den zuständigen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vor.

**Sachverhalt:**
In der neuen Wahlperiode des Rates werden Fragen der Vielfalt, Integration und Teilhabe im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Vielfalt beraten (Drs. 26-29741). Der geplante Beirat soll diese Arbeit ergänzen und der Stadtgesellschaft einen eigenen Weg eröffnen, Anregungen und Empfehlungen an die Kommunalpolitik zu richten.

Bei der Vorbereitung des Beirats soll an die Arbeit der bisherigen Bürgermitglieder angeknüpft werden. Die Möglichkeit, auch andere Personen einzubinden, und die gezielte Ansprache von Organisationen und Initiativen erweitern den Kreis der Mitwirkenden. So können die Beteiligten die Ausgestaltung des Beirats von Anfang an mitprägen und bis zu seiner Konstituierung mit der Verwaltung im Gespräch bleiben.

Dieser Änderungsantrag konkretisiert den in der Ursprungsvorlage (Drs. 26-29769) beschriebenen möglichen Ablauf bis zur Aufnahme der Arbeit des Beirats.

**Anlage/n:**
keine